

## **Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 24.-25. März**

(Stand: 25.03., 16:00 Uhr)

### **Inhalt:**

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –  
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

# 1. Aktuelle Informationen / Deutschland

## OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Tatjana Pushina, [t.pushina@oa-ev.de](mailto:t.pushina@oa-ev.de), Tel: 030-206167128.

---

## PRESSEMITTEILUNG

**Habeck: „Deutschland reduziert Energie-Abhängigkeit von Russland mit hohem Tempo. Müssen aber weiter besonnen agieren“**

BMWK legt Fortschrittsbericht Energiesicherheit vor

Deutschland ist dabei, die Energie-Abhängigkeit von Russland in schnellem Tempo zu verringern. Das betrifft insbesondere die Bereiche Kohle und Öl. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat hierzu heute einen Fortschrittsbericht Energiesicherheit vorgelegt. Diesen Bericht finden Sie [hier](#).

„Wir haben in den letzten Wochen gemeinsam mit allen relevanten Akteuren intensive Anstrengungen unternommen, weniger fossile Energien aus Russland zu importieren und die Versorgung auf eine breitere Basis stellen. Erste wichtige Etappenziele sind erreicht, um uns aus dem Klammergriff der russischen Importe zu lösen“, sagte [Vizekanzler und Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck](#).

Fortschritte gibt es vor allem bei Öl und Kohle. „Unternehmen lassen Verträge mit russischen Lieferanten auslaufen, verlängern sie nicht und stellen auf andere Lieferanten um. Und das in einem Wahnsinns-Tempo“, so der Vizekanzler weiter. So sinkt die Abhängigkeit von russischem Öl durch solche Vertragsumstellungen jetzt absehbar auf etwa 25 Prozent; diese veränderten Lieferketten werden bereits in den kommenden Wochen wirksam. Bis Mitte des Jahres werden die russischen Ölimporte nach Deutschland voraussichtlich halbiert sein. Zum Jahresende streben wir an, nahezu unabhängig zu sein.

Auch bei Kohle haben die Unternehmen die Lieferketten neu aufgestellt und Verträge umgestellt. Dadurch sinkt die Abhängigkeit bei Kohle in den nächsten Wochen von 50 Prozent auf rund 25 Prozent; dies ist schon ab April Schritt für Schritt wirksam. Bis zum

Frühsommer wird ein Großteil der Betreiber gänzlich auf russische Steinkohle verzichtet haben. Bis zum Herbst können wir insgesamt unabhängig von russischer Steinkohle werden.

Bei der Umstellung der Gasversorgung gibt es ebenfalls Fortschritte, der Prozess ist aber anspruchsvoll. „Es liegt noch ein Weg vor uns und wir werden den Abschied von russischem Gas nur mit einem gemeinsamen Kraftakt schaffen – Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen und private Haushalte zusammen. Es braucht den Ausbau der Erneuerbaren, die konsequente Senkung des Verbrauchs auf allen Ebenen, Diversifizierung und den schnellen Hochlauf von Wasserstoff. Dann ist es möglich, bis Mitte 2024 weitgehend unabhängig von russischem Gas zu werden. Als Bundesregierung unternehmen wir alles, um dies zu schaffen.“ So wurden unter anderem drei schwimmende LNG-Terminals gesichert, die die Unternehmen RWE und Uniper im Auftrag der Bundesregierung optioniert haben. Die Bundesregierung macht zudem Tempo beim Ausbau der Infrastruktur und setzt ein großes Energieeffizienzprogramm aufs Gleis.

„Wir gehen konsequent voran und wägen zugleich besonnen ab. Auch wenn wir unabhängiger von russischen Importen werden, ist es für ein Energieembargo zum jetzigen Zeitpunkt zu früh. Noch wären die ökonomischen und sozialen Folgen zu gravierend. Aber jeder Liefervertrag, der beendet wird, schadet Putin“, sagte Habeck.

---

Downloads

### **Fortschrittsbericht Energiesicherheit**

PDF: 522 KB

---

-----

### **Stellungnahme des BDI zum zweiten Entlastungspaket für Energiekosten der Bundesregierung**

#### BDI-Präsident Siegfried Russwurm:

- „Es ist richtig und wichtig, dass die Bundesregierung die Bürgerinnen und Bürger in der aktuellen Energiepreiskrise mit einem umfangreichen Paket entlastet. Es ist aber auch die Verantwortung der Politik, in der akuten Energiepreiskrise die Stärke unserer Unternehmen am Standort Deutschland effizient und dauerhaft zu schützen.
- Die deutsche Industrie sieht die Gefahr, dass Unternehmen wegen der Energiepreisexplosion in existenzielle Schwierigkeiten geraten. Schon jetzt sind einige energieintensive Unternehmen gezwungen, ihre Produktion wegen überbordender Gas- und Stromkosten zu drosseln.
- Die Politik sollte schnellstmöglich die Energie- und Stromsteuer reduzieren und Unternehmen sowie private Verbraucherinnen und Verbraucher bei den Stromnetzentgelten entlasten. Sinnvoll ist, dass

die Politik besonders betroffenen Unternehmen zinsgünstige Darlehen zur Liquiditätsbeschaffung und direkte Unterstützung bei den Energiekosten in Aussicht stellt. Die Leistungsfähigkeit der Industrie wird gerade jetzt gebraucht, damit der Umbau zur Klimaneutralität gelingt und Deutschland unabhängiger von russischen Energielieferungen wird.“

-----

**Zusammenfassung: Online-Diskussion zur aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business, 25. März, 14.00 - 15:00 Uhr**

Organisation:

Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland im Ost-Ausschuss

Kernaussagen:

- Vorstellung einer Ost-Ausschuss-Umfrage zur Betroffenheit von Unternehmen in Russland/Ukraine durch den Krieg. Die Umfrage läuft noch. Die wichtigsten Ergebnisse werden kommende Woche veröffentlicht

- Firmen warten ab, wie sich die politische Lage entwickelt. Hoffen auf Rückkehr an Verhandlungstisch bis Mai/Juni. Für Zukunft wichtig wieder in irgendeine Zusammenarbeit mit Russland zu kommen, gerade auch wegen dem Bedarf an Rohstoffen

- Russland versucht autarker zu werden, setzt deshalb auch auf Elektromobilität, um dadurch Zulieferteile einzusparen

- Lage insgesamt für Firmen äußerst schwierig. Mitarbeiter in der Ukraine direkt mit dem Tode bedroht. Sanktionen nicht immer klar.

- „Liste der Schande“ in USA führt zu zusätzlichem Druck auch auf Lebensmittelbranche, sich aus Russland zurückzuziehen

- Logistikpartner haben zum Teil jeglichen Transport nach Russland eingestellt. Mussten neue finden. Teilweise wurden Konditionen drastisch erhöht. Probleme mit Zulieferung von Rohstoffen aus Europa. Lieferungen über Polen/Belarus laufen aber noch.

- Gleichzeitig viele neue Aufträge aus der russischen Wirtschaft, die man in der Menge kaum bearbeiten kann

- Bankenthema in der Anfangsphase sehr relevant, damals war unklar, wie die russischen Gegensanktionen ausfallen würden. Frage, wie man aus Russland weiter ins Ausland überweisen kann, wie man Verbindlichkeiten bei Lieferanten begleichen kann. Zahlungsverkehr in Devisen funktioniert aber derzeit weiter.

- Lage ändert sich fast täglich. Fehlt Überblick, welche Banken aktuell noch problemlos Zahlungsverkehr haben. Banken müssen sich an EU/US-Sanktionen halten und gleichzeitig an Russisches Recht. Neugeschäft schwierig. Warenlieferungen gehen. Dividendenzahlungen von börsennotierten Unternehmen geht dagegen kaum. Überschüsse aus Russland in die EU zu überweisen, geht aktuell ebenfalls nicht. Laufende Kreditlinien bestehen weiter, wird aber von Banken unterschiedliche gehandhabt.

- Teilweise hatte Zentralbank in letzten Wochen auch noch Eurozahlungen zugelassen. Das wird aber immer restriktiver. Für jede Zahlung muss man einzeln um Erlaubnis fragen. DA wird offenbar nach Bedeutung von Unternehmen und Geschäften unterschieden.

- Börsennotierte Unternehmen prüfen intensiv, wie es in Russland weitergeht. Banken lassen sich z.B. nicht schließen, wie eine McDonald-Filiale.

- Russische Gegenmaßnahmen: Erste Maßnahmen dienten primär dazu, die Auswirkungen der westlichen Sanktionen im Kapitalverkehr zu mildern. Jetzt gibt es zunehmende Maßnahmen gegen Unternehmen aus „unfreundlichen Ländern“, darunter Requirierung von Flugzeugen. Die Rückgabe der geleasteten Maschinen wurde gestoppt: Zwangslizenzen ohne Verfügung.

- Droht Enteignung: Vor 14 Tagen in Russland/Westen heftig diskutiert. Das Thema verschwand aber nachfolgend aus der Presse. Es gab sogar in Russland Gegenstatements. Potanin-Zitat: Enteignungen vermeiden, würde zu 1917 zurückführen. Auch Putin redete davon, Eigentumsverhältnisse zu respektieren. Es gibt aber Gesetzentwurf über „Zwangsverwaltungen“. Liegt offenbar noch im Wirtschaftsministerium. Dieser würde „Zwangsverwaltung“ inländischer Tochtergesellschaften von ausländischen Unternehmen erlauben, wenn Tätigkeit in Russland eingestellt wurde. Finaler Gesetzentwurf bleibt abzuwarten.

- Investitionsschutzvertrag Deutschlands mit Russland von 1989 könnte Basis für Rechtsstreit bei Enteignung werden, allerdings ist der Vertrag sehr alt und unklar formuliert.

- Risiko einer Enteignung: Bei komplexer Produktion dürfte Enteignung sinnlos sein. Beim Thema Flugzeug-Enteignung war das aber nachvollziehbar, dass Russland hier enteignet, weil sonst der Flugverkehr zusammengebrochen wäre.

- Umgehungsverbot von Sanktionen: Könnte eine Lieferung an ein EAWU-Land (z.B. Kasachstan) geliefert werden, von dem wir wissen, dass man von dort relativ problemlos nach Russland liefern könnte? Welche Voraussetzungen sind da zu beachten? Antwort: Man sollte keine Waren nach Kasachstan liefern, von denen man nicht sicher ist, wo sie verbleiben.

- Logistik: Hohe Unsicherheit, was an Sanktionen alles zu beachten ist. Waren mit Zolltarifnummern sind zu prüfen, ob sie sanktioniert sind. Logistiker müssen genau den Einzelfall betrachten, was darf geliefert werden? Aktuell kommt es zu Ressourcenverknappung für den Weg aus Russland heraus. Große Laderaumverknappung.

- Landverkehre laufen mit etwas Verzögerung. Deutscher/Europäischer Zoll kontrolliert verstärkt Waren. Zoll nach Russland rein an der russischen Grenze arbeitet inzwischen etwas schneller.

- Luftfracht ist praktisch zum Erliegen gekommen von EU nach Russland. Noch gibt es Partnerschaften mit Turkish Airlines und Emirates. Schiffsverkehre: Einige Anbieter wie Maersk haben das komplett eingestellt, andere fahren noch aus Antwerpen/Rotterdam nach Russland

- Wenn bei Sanktionen Unstimmigkeiten auftreten, bittet der Ost-Ausschuss um entsprechende Hinweise. Dazu stehen wir mit dem Bundeswirtschaftsministerium im Gespräch.

-----

**Zusammenfassung: Ost-Ausschuss Arbeitskreis Mittelosteuropa zum Thema „Russland-Krise: wirtschaftliche Auswirkungen auf Mittelosteuropa“, 25. März, 10:00 – 11:15 Uhr**

Kernaussagen:

- Erwartet wird für 2022 deutliche Wachstumsverlangsamung. 1. und 2. Quartal noch recht gut. Aber vor allem die Industrie steht vor schwerem 2. Halbjahr. Befinden uns in einem Wirtschaftskrieg mit Russland mit Auswirkungen auf den Industriebereich (Energie/Rohstoffe/Metalle)
- Starker Anstieg der Inflation, Ölpreis im Jahresverlauf eher an oder über 100 US-Dollar. Auffüllen der Gasspeicher wird dieses Jahr sehr teuer, könnte zu Runterfahren der Produktion führen und eventuell sogar Strafen für Lieferausfälle günstiger machen, als die eigentliche Produktion
- Auch 2023 noch Auswirkungen, aber stärkste Wirkungen im 2. Halbjahr 2022.
- 6,3 Prozent Inflationserwartung für Euro-Zone. In Zentraleuropa bis zu zweistelligem Bereich, in Polen auch 2023 noch zweistellig.
- Politikmaßnahmen zur Abfederung der Inflation könnten sogar eher zu weiterem Inflationsdruck führen. Verbrauchervertrauen in der Eurozone ist massiv gesunken.
- USA und China weniger betroffen. Daher bleibt aber auch dort die Energienachfrage hoch, was weiter hohe Preise erwarten lässt
- Lebensmittel und Energie haben in ärmeren Ländern höhere Anteile in den Warenkörben, sind stärker betroffen
- Staatliche Maßnahmen schieben eher Inflationsentwicklung auf, verhindern sie aber nicht. (Tankgutscheine, Steuersenkungen)

- Sehr hohe Abhängigkeit von Düngemittelimporten aus Russland und Ukraine. Hat Auswirkungen.
- Veränderungen in der Geldpolitik: Tschechische Notenbank/Ungarn/auch Polen – dürften weiter die Leitzinsen erhöhen. Wird ebenfalls Wirtschaftsdynamik in der Region bremsen.
- Befinden uns in einer ökonomischen Kriegsführung. Dieser Zustand wird anhalten. Sollten keine Illusionen haben, dass aktuelle Sanktionen in absehbarer Zeit zurückgenommen werden.
- Sollte Russland auf Rubel umstellen, müssten westliche Banken überlegen, wie man weiter Zugang auf russischen Markt haben kann, wie Russland noch mit dem Ausland zahlungsfähig sein kann. Müssen schauen, wie schnell hier etwas implementiert wird.
- Clearinghausstelle, die Euros einnimmt und mit russischer Zentralbank interagiert, wäre denkbar. Das bedeutet, man müsste weiter mit Korrespondenzbanken interagieren.
- Auch im Fall Iran-Sanktionen gab es moderate Clearingmöglichkeiten
- Aber wahre Leidtragende wären russische Energieexporteure. Diese müssten dann 100 Prozent ihrer Deviseneinnahmen aus den Energiezahlungen in Rubel umwechseln. Russische Rubel-Maßnahme könnte auch dazu führen, dass Energiebeziehungen insgesamt noch schneller heruntergefahren werden. Gegner der Handelsbeziehung könnten darauf verweisen, dass Russland kein verlässlicher Vertragspartner ist.
- Prognose für die russische Wirtschaft: 8 Prozent Einbruch 2022. Lange dauernde Stagnation in Russland, was wir so nur Anfang der 1990er Jahre gesehen haben
- Erwartet wird Rückgang der Importe um 40-50 Prozent in Russland, während Exporte noch recht gut laufen, was insgesamt noch zur Stützung der Konjunktur beiträgt. Russland verfügt zudem über funktionierende Administration, kann Wirtschaft stützen.
- Energieproblem: Vor allem Mittelost- und Südosteuropäische Länder beziehen in hohem Maße Gas aus Russland. Anteile von bis zu 100 Prozent etwa in Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Bulgarien
- Viele Auswirkungen hängen von der weiteren Länge des Krieges und der möglichen weiteren Eskalation der Sanktionen an.
- Für China derzeit keine Option, sich komplett auf die russische Seite zu stellen und zu Spaltung des Welthandelssystems beizutragen.

- Aber von US-Seite wird sich Druck auf Decoupling verstärken. Das kann aber über Nearshoring auch positive Effekte auf Mittelosteuropa haben. Könnte zusätzliches Argument sein, Lieferketten hier anzusiedeln.
- Energie, Nahrungsmittel, Metalle – Probleme auf diesen Märkten führt zu Zweit- und Drittrunden-Effekten in der Produktionskette
- Für Deutschland könnte es in den nächsten zwei Quartalen technische Rezession geben. Könnte wiederum Auswirkungen auf Mittelosteuropa haben.
- Positive Effekte der Krise für Erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Infrastrukturmaßnahmen, Bauwirtschaft – da kann man mit starker Nachfrage auf Jahre rechnen
- Bedrohungswahrnehmung in Osteuropa steigt, Baltische Staaten. Herausforderungen für Regierungsparteien dort dürften sehr unangenehm. Es gibt aktuell das Flüchtlingsthema und Sympathiewelle. Das kann aber irgendwann auch zu Verwerfungen führen. Wohnungsmärkte sind extrem angespannt. Rechtspopulistische Parteien könnten da weiter Stimmung machen und Kapital herauszuschlagen.
- Aktuell eher Normalisierung des Verhältnisses Deutschland-Polen. Entwicklung könnte zu einem Kompromiss zwischen Polen/Ungarn und EU im Restsstaatskonflikt beitragen. Positive Überraschung in der Region über Deutschland, das nach der „Zeitenwende“ stärker in Sicherheit investiert. Es gibt aber Restzweifel, ob Deutschland den klaren Ansagen Taten folgen lässt.
- Energie und Klima wird noch wichtiger werden. Deutschland sollte multilaterale Energie- und Klimadialoge mit der Region initiieren, weil man hier im selben Boot sitzt, man muss sich über Diversifizierung unterhalten.
- Zukunft der Ukraine? Ukraine könnte EU-Kandidatenstatus bekommen, aber kein Selbstläufer zur Mitgliedschaft. Es wird in der EU-Länder geben, die Kandidatenstatus weiter kritisch sehen. Würde auch Westbalkanstaaten übergehen, die hart auf den Status hinarbeiten mussten.
- Assoziierungsabkommen EU-Ukraine bereitet aber bereits Annäherung vor, viele rechtlichen Vorgaben dadurch schon auf den Weg gebracht.
- Mittelfristiges realistisches Ziel: Vielleicht Status wie EWR-Länder Norwegen, Liechtenstein, Island...Teilnahme am EU-Binnenmarkt. Aber man muss natürlich sehen, wie der Status Quo nach dem Krieg aussieht.

-----



## **Umfrage mit Bitte um Beteiligung bis 28. März**

### **Auswirkungen des Krieges auf deutsche Unternehmen in der Ukraine**

Wir möchten uns einen systematischeren Überblick zur aktuellen Situation deutscher Unternehmen in der Ukraine und den Folgen des russischen Krieges gegen das Land verschaffen. Wir sind zu diesen Fragen bereits mit der Bundesregierung in Kontakt. Um einen strukturierten Dialog initiieren zu können, bitten wir Sie, an unserer beigefügten Umfrage teilzunehmen. Unter diesem [Link](#) kommen Sie zur Umfrage.

Ihre Antworten helfen uns, ein noch genaueres Bild der Situation zu erhalten und Sie bestmöglich zu unterstützen. Außerdem sind wir in Gesprächen mit den zuständigen staatlichen Stellen, um Hilfen für betroffene Unternehmen zu koordinieren. Bitte formulieren Sie deshalb Ihre Antworten so präzise wie möglich.

Die Ergebnisse der Umfrage stellen wir Ihnen im Anschluss zur Verfügung. Ihre Daten werden vertraulich behandelt, die Ergebnisse anonymisiert und nicht an Dritte weitergegeben.

Bei eventuellen Fragen wenden Sie sich bitte an [Stefan Kägebein](#). Wir bitten Sie um Rückmeldung **bis spätestens 28. März 2022**.

---

## **Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

---

## **Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen**

- Energieversorgung im BMWK: [buero-iiib6@bmwi.bund.de](mailto:buero-iiib6@bmwi.bund.de)
- Rohstoffe: [buero-ivb5@bmwi.bund.de](mailto:buero-ivb5@bmwi.bund.de)
- Sanktionsbezogene Fragen: [sven.sattler@bmwi.bund.de](mailto:sven.sattler@bmwi.bund.de)
  
- VB2 (Sanktionen).  
Referatsleitung  
Frau Dr. Conrad  
Herr Blaschke  
E-Mail: [Buero-VB2@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VB2@bmwi.bund.de)
  
- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.  
Referatsleiter  
Herr Andreas Neumann  
E-Mail: [Buero-VE1@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VE1@bmwi.bund.de)

---

## **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

---

## **GTAI-Sanktionsübersicht**

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de)

---

## **Statistiken zur Wirtschaft in Russland und der Ukraine**

Auf dieser Seite des Statistischen Bundesamts finden sie gebündelte Informationen zur Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine und der Lage deutscher Unternehmen:

[Ukraine - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://www.destatis.de)

---

## **FAQ der Bundesbank zu Sanktionen**

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](https://www.bundesbank.de)

## 2. Terminübersicht

### **28. März: „GAA\_Insight: Aktuelle agrarrelevante Entwicklungen in Osteuropa und Zentralasien“, Montag, 28. März 2022 von 9.00 bis 10.00 Uhr (MEZ)**

Eine Teilnahme an der Veranstaltung ist für mehrere Vertreter Ihres Unternehmens bzw. Verbandes möglich. Den Einwahllink erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Per Brodersen: [p.brodersen@oa-ev.de](mailto:p.brodersen@oa-ev.de)

-----

### **29. März: Außerordentliche Arbeitskreissitzung zur Gesundheitswirtschaft in Osteuropa & GUS von Ost-Ausschuss und German Health Alliance, 9:00-10:00 Uhr (Online)**

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die GHA – German Health Alliance laden zur außerordentlichen Sitzung des Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und den aktuellen Wirtschaftssanktionen am 29. März 2022 (09:00 – 10:00 CET) via Microsoft Teams ein.

Im Rahmen unserer nächsten Sitzung stehen folgende Themen auf der Agenda:

- Aktuelle humanitäre Situation in der Ukraine & Hilfsaktionen in Deutschland #WirtschaftHilft
- Sanktionen und Auswirkungen auf den Gesundheitssektor/ Unternehmen in der Region Osteuropa

Die Sitzung findet in deutscher Sprache statt, teilweise Input in englischer Sprache und folgt der Chatham-House-Regel.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss- und GHA-Mitglieder. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an [p.hristova@oa-ev.de](mailto:p.hristova@oa-ev.de) Petya Hristova und Alexander Boxler (GHA).

-----

### **29. März: ECFR-Online-Veranstaltung: The birth of geopolitical Europe: In conversation with Josep Borrell**

Tuesday, 29 March, 17:00 - 18:30 CEST

ZOOM with Josep Borrell, High Representative of the European Union for Foreign Affairs and Security Policy and Sylvie Kauffmann, Editorial Director, Le Monde

Mark Leonard, Director, ECFR

Jana Puglierin, Head of the Berlin Office, ECFR

Marietje Schaake, International Policy Director, Stanford University Cyber Policy Center

Chaired by Jose Ignacio Torreblanca, Head of the Madrid Office, ECFR - RSVP [here](#).

**30. März: Online-Austausch mit dem Ersten Vizepremierminister der Republik Kasachstan Roman Sklyar von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr MESZ**

Im Rahmen des Meetings möchten wir uns über die Kooperationsmöglichkeiten in den Sektoren Transport und Logistik in Kasachstan informieren sowie die Herausforderungen der derzeitigen Situation, vor allem im Transitverkehr, eruieren. Die Arbeitssprachen des Treffens sind Englisch und Russisch mit Simultandolmetschung. Sie können sich bis zum 28. März 2022, 10:00 Uhr zu unserem Onlineformat anmelden. Wir werden allen angemeldeten Teilnehmern rechtzeitig vor der Veranstaltung einen Link zusenden.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Ost-Ausschuss-Mitglieder bzw. Mitglieder des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss. Nichtmitglieder wenden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte an: Eduard Kinsbruner, [e.kinsbruner@oa-ev.de](mailto:e.kinsbruner@oa-ev.de)

-----

**30. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 Uhr**

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.hermesdeckungen.de)

-----

**7. April: „Marktplatz der Begegnungen - Ukraine“ der Handelskammer Hamburg**

Am 7. April 2022 findet in der Handelskammer Hamburg mit dem "Marktplatz der Begegnungen" ein besonderes Angebot für Schutzsuchende aus der Ukraine statt. Das Ziel der diesjährigen Veranstaltung ist es, beiden Seiten - Schutzsuchenden und Ausstellenden - eine Plattform zu bieten, sich gegenseitig kennen zu lernen und gemeinsam niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten, sei es über ein Praktikum, einen Minijob, eine Teilzeitmitarbeit oder alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, zu eruieren. Ebenfalls soll dieses Event dazu dienen, Ukrainerinnen und Ukrainern soziale und beruflich relevante Themen aus ihrem neuen Gastland in einem angenehmen Umfeld näherzubringen.

Weiterführende Informationen finden Sie hier: [Marktplatz der Begegnungen - Handelskammer Hamburg \(hk24.de\)](https://www.hk24.de)

### 3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 24. März)

#### Ergebnisse der Tagungen des Europäischen Rates und der G7

Am ersten Tag (24. März) der Tagung des Europäischen Rates wurden Schlussfolgerungen zur russischen Militärangriff gegen die Ukraine angenommen. Darüber hinaus verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der G7 eine Erklärung, die zwar keine neuen restriktiven Maßnahmen enthält, aber eine engere Zusammenarbeit ankündigt, um Schlupflöcher bei der Umsetzung der derzeitigen Maßnahmen zu schließen und Umgehungen und Ausweichmanöver zu verhindern, mit denen die Wirkung unserer Sanktionen unterlaufen oder abgeschwächt werden soll.

Hier die Schlussfolgerungen:

[European Council conclusions on the Russian military aggression against Ukraine, 24 March 2022 - Consilium \(europa.eu\)](#)

[G7 Leaders' Statement - Brussels, 24 March 2022 - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

#### EU-Kommission beschließt vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen

Am 23. März verabschiedete die Europäische Kommission einen Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen soll, die in den Beihilfevorschriften vorgesehene Flexibilität zu nutzen, um die Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine zu unterstützen. Laut Exekutivizepräsidentin Margrethe Vestager "wird der neue Gemeinschaftsrahmen es den Mitgliedstaaten ermöglichen, (i) Unternehmen, die von der aktuellen Krise oder den damit verbundenen Sanktionen und Gegensanktionen betroffen sind, in begrenztem Umfang Beihilfen zu gewähren, (ii) sicherzustellen, dass den Unternehmen weiterhin ausreichend Liquidität zur Verfügung steht, und (iii) die Unternehmen für die zusätzlichen Kosten zu entschädigen, die ihnen aufgrund der außergewöhnlich hohen Gas- und Strompreise entstehen."

[State aid: Commission adopts Temporary Crisis Framework \(europa.eu\)](#)

-----

#### Weitere Leitlinien zu EU-Sanktionen werden bald veröffentlicht

Die Europäische Kommission - GD FISMA - hat eine Seite zu den EU-Sanktionen eingerichtet, auf der Sie alle relevanten Informationen zu den Sanktionen finden, die nach Russlands militärischer Aggression gegen die Ukraine verhängt wurden. Dort finden Sie auch die bereits

veröffentlichten Leitfäden - einschließlich Fragen zum Handel mit Luxusgütern - und können auf die neuen Dokumente zugreifen, sobald sie von der Kommission veröffentlicht werden.

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

-----  
[Izvestia:](#)

### **USA und EU gründen Gruppe zur Verringerung der Abhängigkeit von russischen Energieressourcen (Arbeitsübersetzung)**

US-Präsident Joe Biden und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen haben am 24. März die Einrichtung einer Arbeitsgruppe erörtert, um die Abhängigkeit Europas von russischem Gas und Öl zu verringern. Eine entsprechende Erklärung wurde am selben Tag auf der Website des Weißen Hauses veröffentlicht.

„US-Präsident Joe Biden und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen kündigten heute die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe an, um die Abhängigkeit Europas von russischen Mineralien zu verringern und die europäische Energiesicherheit zu stärken“, heißt es in der [Erklärung](#).

Die Parteien kamen überein, alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um die Zuverlässigkeit, Verfügbarkeit und Transparenz der Energieversorgung für Bürger und Unternehmen zu gewährleisten. Die Politiker haben die Diversifizierung der LNG-Lieferungen und die Verringerung der Erdgasnachfrage in der EU zu ihren Hauptzielen erklärt.

Ebenfalls am 24. März forderten die G7-Staaten die OPEC und andere Öl- und Gasproduzenten auf, das weltweite Angebot zu erhöhen, um die Abhängigkeit von Russland zu verringern. Darüber hinaus vereinbarten sie, Schritte zu koordinieren, um die Umgehung von Sanktionen gegen Russland zu verhindern, auch im Hinblick auf Goldtransaktionen der russischen Zentralbank.

-----  
**Erweiterte EU-Guidance**

Die EU hat Ihre Guidance zur Sanktionsumsetzung weiter ergänzt.  
Hier die neuen Inhalte:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier eine Gesamtübersicht der EU-Sanktionen:

[EU Guidance - EU Sanctions \(europeansanctions.com\)](#)

## Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

-----

## EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

-----

## GTAI-Sanktionsübersicht:

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

-----

Weitere Meldungen aus der EU:

## Euractiv:

### G7-Chefs verzichten auf neue Sanktionen, wollen Schlupflöcher schließen

Die Staats- und Regierungschefs der am weitesten entwickelten Länder der Welt haben sich am Donnerstag (24. März) darauf geeinigt, bei der Verhängung von Sanktionen gegen Russland zusammenzuarbeiten, damit diese nicht durch Ausweichmanöver russischer Unternehmen umgangen werden können.

Stattdessen verurteilten die Staats- und Regierungschefs der G7, die zwischen einem NATO-Gipfel am Vormittag und einem späteren EU-Gipfel in Brüssel zusammenkamen, erneut die russische Invasion in der Ukraine und forderten die Ölförderländer auf, die Produktion und die Versorgung der internationalen Märkte zu steigern. Die Märkte sind in letzter Zeit durch

den Krieg, die Russland-Sanktionen und die steigenden Energiepreise in Aufruhr versetzt worden.

Statt einer neuen Reihe von Sanktionen wollen sich die Staats- und Regierungschefs auf eine engere Zusammenarbeit bei der Umsetzung bereits bestehender Sanktionen konzentrieren. „Wir haben uns für eine nahtlose Umsetzung der Sanktionen entschieden“, sagte der Bundeskanzler Olaf Scholz, der in diesem Jahr den Vorsitz der G7 führt, auf einer Pressekonferenz nach dem Gipfel.

#### Schlupflöcher schließen

Nachdem die Sanktionen bereits seit einigen Wochen in Kraft sind, sind einige Schlupflöcher sichtbar geworden.

So konnte die russische Zentralbank den Rubel nach einem anfänglichen Einbruch stabilisieren, obwohl ein Großteil der internationalen Reserven des Landes eingefroren ist. Die hohen Rohstoffpreise und die anhaltende Nachfrage nach russischer Energie aus Europa und dem Rest der Welt trugen dazu bei, die Nachfrage nach dem Rubel zu stützen.

Außerdem scheint die Zentralbank immer noch in der Lage zu sein, ihre Goldreserven zur Stabilisierung des Rubels einzusetzen, was die G7-Chefs zu unterbinden versuchen.

„Wir beauftragen die zuständigen Minister, im Rahmen einer gezielten Initiative die vollständige Umsetzung der Sanktionen zu überwachen und die Reaktionen auf Ausweichmanöver zu koordinieren, auch in Bezug auf Goldtransaktionen der russischen Zentralbank“, heißt es in einer auf dem G7-Gipfel vereinbarten Erklärung.

In der Erklärung hieß es auch, dass die G7-Chefs andere Regierungen auffordern würden, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Während sich die G7 nicht auf zusätzliche Maßnahmen einigten, setzten die USA einseitig weitere russische Personen auf ihre Sanktionsliste und sanktionierten auch russische Rüstungsunternehmen.

„Ich habe die G7 heute als eine Einheit wahrgenommen“, sagte Scholz nach dem Treffen. Die Bundesregierung gehört zu den größten Gegnern strengerer Sanktionen, die auch die russische Energiewirtschaft betreffen würden, von der die deutsche Industrie nach wie vor stark abhängig ist. Deutschland hat aber trotzdem erreicht, seine Position auch innerhalb der G7 zu verteidigen.

Die EU bleibt daher bei ihrer Strategie, keine Sanktionen zu ergreifen, die der EU-Wirtschaft erheblich schaden könnten.

#### Deutsche Prioritäten

Die Prioritäten der Bundesregierung vor dem Sondergipfel waren nach Angaben aus gut informierten Regierungskreisen klar.



Zum einen wollte sie die Verurteilung des Krieges gegen die Ukraine durch die am meisten entwickelten Industrienationen der Welt bekräftigen.

Zum anderen wollte Berlin von den anderen G7-Staaten konkrete Maßnahmen einfordern, darunter die Ausweitung der humanitären Hilfe für die Ukraine und die Nachbarländer, die unter der Last der aus der Ukraine fliehenden Menschen leiden. Außerdem wurde verlangt, dass die G7-Staaten Flüchtlinge aufnehmen und darauf hinarbeiten, ihre Abhängigkeit von der russischen Energieversorgung zu verringern.

Zum Thema Flüchtlinge heißt es in den Schlussfolgerungen, dass die G7-Staaten sich verpflichtet haben, „Flüchtlinge und Vertriebene als Folge des Konflikts aufzunehmen, zu schützen und zu unterstützen. Wir sind daher alle bereit, sie in unseren jeweiligen Staatsgebieten aufzunehmen“.

Darüber hinaus haben sich die USA verpflichtet, 100.000 Ukrainer aufzunehmen, die aus ihrem vom Krieg erschütterten Land fliehen mussten.

Die wichtigsten Prioritäten des deutschen G7-Vorsitzes wurden somit erreicht, aber das vielleicht wichtigste Ergebnis des Treffens wurde am Ende der 19 Schlussfolgerungen des Sondergipfels festgelegt.

„Wir rufen die Erdöl und Erdgas produzierenden Länder auf, verantwortungsvoll zu handeln und die Lieferungen an die internationalen Märkte zu erhöhen, wobei wir feststellen, dass die OPEC eine Schlüsselrolle zu spielen hat“, heißt es in der Schlussfolgerung. Damit wird der Druck auf die Förderländer erhöht, ihre Produktion zu erhöhen, da eine weltweite Energiepreiskrise die Industrie und die Regierungen derzeit in Aufruhr versetzt.

Mehr Sanktionen, „wenn nötig“

Da das Treffen der G7-Chefs nicht zu weiteren Sanktionen gegen Russland geführt hat, ist es unwahrscheinlich, dass sich die EU-Chefs auf zusätzliche Sanktionen einigen werden.

Dennoch warnten die G7-Chefs Russland, dass sie nicht zögern würden, neue Sanktionen zu verhängen, falls das Land den Konflikt weiter eskalieren sollte. Sie legten jedoch keine klare rote Linie fest, die eine solche Verschärfung der Sanktionen auslösen könnte.

„Wir werden die Sanktionen verschärfen, wenn nötig“, sagte Scholz.

Allerdings wächst auch in Deutschland der Druck auf Scholz, bei den Sanktionen auf den russischen Energiesektor nachzugeben. In einem Brief forderten über 50 hochrangige Personen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft – darunter beispielsweise der frühere Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger – einen sofortigen Importstopp für russisches Öl und Gas.

-----

**dpa:**

### **Scholz reagiert gelassen auf Putins Rubel-Drohung**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat gelassen auf die Ankündigung des russischen Präsidenten Wladimir Putin reagiert, sich Gas-Lieferungen an bestimmte Staaten nur noch in der Landeswährung Rubel bezahlen lassen zu wollen. In den bestehenden Verträgen sei die Währung festgelegt, in der bezahlt werde, sagte Scholz am Donnerstag nach einem G7-Gipfel in Brüssel dazu. "Das ist ja etwas, was dann auch gilt. Und da steht ja meistens Euro oder Dollar. Das sind die Ausgangslagen, von denen wir ausgehen müssen."

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am Mittwoch angekündigt, Gas-Lieferungen an "unfreundliche Staaten" nur noch in Rubel abzurechnen. Dies würde die unter Druck geratene russische Währung stützen, weil sich die Importländer Rubel beschaffen müssten.

Zu den betroffenen Ländern gehören nach Ansicht Russlands Deutschland und alle anderen Staaten der Europäischen Union, sowie die USA, Kanada und Großbritannien. Regierung und Zentralbank wurde eine Woche Zeit gegeben, um die Modalitäten der Umstellung festzulegen. Deutschland zählt zu den Ländern, die besonders stark von russischen Energielieferungen abhängig sind.

-----

[Izvestia](#)

### **Polen hat im Rahmen der Anti-Russland-Sanktionen Konten in Höhe von mehr als 38 Millionen Dollar eingefroren (Arbeitsübersetzung)**

**Sebastian Skusa, Polens stellvertretender Finanzminister, sagte auf einer Sejm-Sitzung am Donnerstag, den 24. März, dass mehr als 160 Mio. PLN (38 Mio. \$) auf Konten im Land eingefroren worden seien.**

"Mit Stand von gestern beläuft sich das eingefrorene Vermögen auf mehr als 160 Mio. PLN. Dabei handelt es sich hauptsächlich um eingefrorene Finanzaktiva aus dem Bankensektor", wird er von der Gazeta [Prawna](#) zitiert.

Darüber hinaus wies der Minister darauf hin, dass Maßnahmen ergriffen worden seien, um die Gelder von Personen mit Verbindungen zu Belarus und Russland in Höhe von mehr als 30 Millionen Zloty (etwa 7 Millionen US-Dollar) zu blockieren.

Am Montag, den 21. März, kündigte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an, russisches Eigentum und Vermögen im Land zu beschlagnahmen und schlug außerdem zusätzliche Steuern für Unternehmen vor, die ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in Russland fortsetzen. Die polnische Verfassung, in der die Eigentumsrechte verankert sind, lässt dies jedoch nicht zu. In diesem Zusammenhang arbeitet die Führung der Republik an einer Änderung der polnischen Verfassung, mit der die Bestimmungen des wichtigsten Gesetzes des Landes geändert werden sollen.

Zuvor, am 23. März, hatte der russische Botschafter in Warschau, Sergej Andrejew, erklärt, Polen habe die Konten der Botschaft für sechs Monate eingefroren. Er betonte, dass dies ein direkter Verstoß gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen ist, das die Schaffung anormaler Bedingungen für die Tätigkeit diplomatischer Vertretungen nicht erlaubt. Ihm zufolge ist dies der polnischen Seite mitgeteilt worden.

-----

## 4. Russland-Gegensanktionen

### **Russische Regierung genehmigt sechsmonatiges Einfrieren der Kreditratings von Banken, um die Stabilität des Finanzsystems angesichts der Sanktionen zu erhalten**

Die Bonitätseinstufungen der Banken ab dem 1. Februar 2022 werden festgelegt und bleiben bis zum 1. Juli 2022 unverändert. Dieser Erlass wurde von Premierminister Michail Mischustin unterzeichnet.

Dies bezieht sich auf Ratings, die von spezialisierten russischen Agenturen vergeben werden.

Ein Einfrieren der Bonitätseinstufungen wird es den führenden Banken ermöglichen, weiterhin Mittel aus dem Bundeshaushalt bei ihnen zu platzieren, um ihre Rentabilität aufrechtzuerhalten, und Mittel aus dem Ausgleichsfonds für die Teilnehmer am Eigenkapitalaufbau zu beschaffen. Darüber hinaus werden die Banken weiterhin in der Lage sein, unabhängige Garantien für Unternehmen auszustellen.

Die Entscheidung soll dazu beitragen, die negativen Auswirkungen von Sanktionen „unfreundlicher Staaten“ auf führende russische Banken zu verringern und die Stabilität des Finanzsystems zu erhalten.

Hier der Originaltext:

[Government](#)

-----

**dpa:**

### **Zugverkehr zwischen Helsinki und St. Petersburg wird eingestellt**

Die Zugverbindung zwischen der finnischen Hauptstadt Helsinki und der russischen Metropole St. Petersburg wird ab Anfang nächster Woche eingestellt. Der Allegro-Schnellzug fahre ab Montag vorerst nicht mehr, teilte das finnische Bahnunternehmen VR am Freitag mit. Bisher habe man den Zugverkehr gemäß den Anweisungen der Behörden aufrechterhalten, um den Zugang finnischer Staatsbürger zu ihrem Heimatland zu sichern. Diejenigen, die Russland in Richtung Finnland verlassen wollten, hätten dazu in den vergangenen Wochen Zeit gehabt. Der letzte Zug aus St. Petersburg Richtung Finnland fährt somit am Sonntag.

-----

### **Brandt&Partners: Analyse zum geplanten Gesetz einer Fremdverwaltung von Unternehmen**

[Enteignung ausländischer Unternehmen in Russland? Fremdverwaltung für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung geplant \(cleverreach.com\)](#)

-----

### Weitere Meldungen aus und über Russland:

Die Krise im Zusammenhang mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine hat 40 Prozent der russischen Bauentwickler dazu veranlasst, den **Bau von Wohn- und Bürogebäuden landesweit auf unbestimmte Zeit einzufrieren**. Der Grund dafür sind die stark gestiegenen Kosten für Baumaterialien und Finanzierungen. Infolgedessen gehen Experten davon aus, dass das Volumen des Wohnungsbaus in Russland um 20 Prozent und das der Gewerbeimmobilien um 40 Prozent zurückgehen könnte. Auch sei es wahrscheinlich, dass sich das Volumen des kommerziellen Immobilienbaus auf Jahre reduzieren werde, während es zu mehr staatlichen Bauvorhaben kommen könnte.

[На твердую недостройку – Газета Коммерсантъ № 51 \(7252\) от 25.03.2022 \(kommersant.ru\)](#)

-----  
**n-tv**

**Wie gefährlich wird Russland für Putin?  
von Sarah Platz**

**Ob die Proteste in Russlands Großstädten oder die mutige Nachrichtenredakteurin Owssjannikowa - etliche Szenen russischen Widerstands gegen den Krieg in der Ukraine flimmern über die Bildschirme des Westens. Werden die Anti-Kriegs-Proteste tatsächlich zur Gefahr für das Putin-Regime?**

Dunkel vermomnte russische Polizisten mit schweren Helmen und schusssicheren Westen packen einen jungen Mann an Armen und Beinen, verkünden ihm seine Festnahme und verfrachten ihn im Einsatzwagen. Das Vergehen des jungen Russen: Er hat demonstriert - gegen den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine. In westlichen Medien landen etlicher solcher Szenen. Schon über 15.000 Menschen hat die russische Polizeisondereinheit "OMON" aus diesem Grund in Gewahrsam genommen. Mal ist es ein junger Mann, mal eine ältere Frau mit Plastiktüte und selbst Schulkinder wurden bereits abgeführt. Es wirkt beinahe paranoid, dass es für eine Festnahme reicht, ein blankes Blatt Papier zu zeigen, macht aber den Versuch des Kremls deutlich, jeden Anflug von Andersdenken im Keim zu ersticken. Muss sich das Regime Putin tatsächlich vor dem eigenen Volk fürchten?

Die Zehntausenden Demonstranten, die gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und den Krieg in der Ukraine auf die Straße gehen, sind laut, gemessen an den rund 144 Millionen Einwohnern des riesigen Landes jedoch deutlich in der Minderheit. Gegen die russische Protestwelle von 2011 bis 2013 wirken die Anti-Kriegs-Aktionen noch marginaler. Ausgelöst durch Putins Verkündung, wieder Präsident werden zu wollen und zahlreiche Wahlfälschungen bei den Duma-Wahlen gingen damals Hunderttausende auf die Straßen Russlands.

"Auch danach gab es große Proteste in Russland", erinnert Jan Matti Dollbaum von der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen gegenüber ntv.de. "Zuletzt im Januar

2021, als über 160.000 Menschen russlandweit gegen die Verhaftung des Oppositionspolitikers Aleksei Navalny protestierten." 2018 haben sich die Russen stark eingesetzt, als die Erhöhung des Rentenalters verkündet wurde und 2019 gingen 60.000 Menschen allein in Moskau auf die Straße, weil Oppositionskandidaten nicht zu den Wahlen zugelassen wurden. Dass die Demonstrationen nun wesentlich kleiner ausfallen, liege nicht an einer veränderten Protestkultur der Russinnen und Russen, erklärt Dollbaum. Vielmehr habe der Kreml die Rahmenbedingungen grundlegend verändert.

### **Das offizielle Russland ist nicht im Krieg**

Das beginnt bereits beim Protestgrund. Für viele Russen ist die Notwendigkeit, auf die Straße zu gehen, viel weniger offensichtlich als nach den Wahlfälschungen oder der Inhaftierung Nawalnys. Denn das offizielle Russland ist nicht im Krieg - die Realität der Ukraine findet in Russlands Medien nicht statt. Stattdessen wabert das Narrativ der "Spezialoperation in der Ukraine" durch Fernsehen, Radio und Kreml-nahe soziale Medien wie VK.com. Überall heißt es, das Land müsse denazifiziert und demilitarisiert werden. "Es ist nicht verwunderlich, dass viele Russinnen und Russen an dieses Narrativ glauben und daher nicht auf die Straße gehen", sagt Politikwissenschaftler Nils Weidmann von der Universität Konstanz im Gespräch mit ntv.de. Denn der Großteil Russlands sei auf diese Mainstream-Medien angewiesen. "Wahre Fakten und Bilder muss ich mir in Russland aktiv besorgen. Dafür müsste ich wiederum die richtigen Kanäle kennen, denn beworben werden diese natürlich nicht", erklärt der Experte für Protestbewegungen und politische Mobilisierung.

Vielen Bürgern fehle bereits der Wille dazu, sagte Denis Volkov, der Leiter des unabhängigen Levada-Zentrums in Moskau, im Interview mit der Investigativ-Plattform "Meduza". Die Darstellung in den Mainstream-Medien sei für sie plausibel genug, denn sie basiere auf der jahrelangen Erzählung vom aggressiven Westen, der Druck auf die Ukraine ausübe und "etwas gegen die nicht anerkannten Republiken" Donezk und Luhansk plane, erklärte Volkov. Die dort lebende russischsprachige Bevölkerung werde schon seit langem unterdrückt und bedroht, heißt es in der Erzählung. Was kann also falsch an Putins Plan sein, gegen den "Genozid an den eigenen Leuten" zu kämpfen?

Um dieses Narrativ möglichst lange aufrechtzuerhalten, legt die russische Regierung nach. "Der bis dato akzeptierte Diskurs wurde in den vergangenen Tagen massiv runter- und die Zensur hochgeschraubt", sagt Weidmann. Die sozialen Netzwerke Twitter, Facebook und Instagram sind mittlerweile verboten, ausländische Nachrichtenseiten wie die der "Deutschen Welle", von BBC oder "Voice of America" sind gesperrt. Wer Nachrichten über den Krieg in der Ukraine verbreitet, dem drohen dank einem neuen Gesetz 15 Jahre Haft. Die Konsequenz: Viele Medienhäuser schließen - die Übrigen stehen unter massivem Druck. "Damit ist es nun eigentlich unmöglich, an echte Bilder aus der Ukraine zu kommen", sagt Weidmann. "Selbst wenn man wollte."

### **70 Prozent stehen hinter Putin**

Gleichzeitig erhöht Putin den Druck auf die Gesellschaft: Mit fahnenschwenkenden Menschenmengen und hupenden Autokorsos inszeniert er das Bild einer geschlossenen, dem Krieg zujubelnden Masse. Das "Z"-Symbol, das für die Unterstützung des Kremls steht,

ist allgegenwärtig in Russland und schließlich spricht Putin im vollbesetzten Moskauer Olympiastadion über ihm gegenüber kritisch Eingestellte als "Gesindel" und "Verräter", während sein Sprecher mit einer "Säuberung" droht. Jeder noch so kleine Anschein von Regime-Kritik endet in Handschellen. Wer an Putins Politik zweifelt, wird sich also künftig noch genauer überlegen, dies öffentlich zu tun, denn er riskiert mitunter seinen Job, sein Studium und seine Freiheit.

Dass die Propaganda wirkt, zeigen Umfragen des Levada-Zentrums und des Meinungsforschungsinstituts WZIAM. Über 70 Prozent der befragten Russen sprechen sich Anfang März für die Durchführung der "speziellen Militäroperation" aus - viele verbinden sogar Gefühle wie Stolz, Hoffnung oder Freude mit dem "Einsatz". Volkov glaubt allerdings nicht, dass ein solch großer Teil der Russen kriegsbegeistert sei. Vielmehr komme der Propaganda eine gewisse "Nachrichtenmüdigkeit" über die Situation in der Ukraine zugute. Seit nun rund acht Jahren, seit der Annexion der Krim, beschäftigen sich die Russen mit ihrem Nachbarland. Viele wollen von dem Thema "einfach nichts mehr hören und nichts mehr wissen". Der Soziologe geht sogar davon aus, dass die Unterstützung für die derzeitige Politik nicht auf tatsächlicher "Mobilisierung, sondern auf Ermüdung" basiert.

Vor dem Hintergrund dieser Gleichgültigkeit, der Desinformationen und der drohenden Repressionen spricht also viel für eine schweigende Mehrheit in Russland. Auch, wenn sie den Krieg in der Ukraine nicht aktiv unterstützen, gehen sie eben auch nicht auf die Straße, um sich dagegen zu wehren. Die derzeitigen Anti-Kriegs-Aktionen "sind ausschliesslich eher seltene urbane Phänomene", erklärt Politikwissenschaftler Weidmann. "Von diesen Protesten gegen Putin hört der Westen natürlich gerne." Somit werden die "ganz kleinen Keimzellen von zivilem Ungehorsam, Protest und Opposition, die in Russland stattfinden, in unseren Medien überbetont". Das sei zwar nicht ungewöhnlich, so der Experte. "Wir stellen uns so jedoch eine größere Kremlikritik vor, als da in Wirklichkeit ist."

### **Putins Achillesferse**

Der Kreml schafft es, vielen Russen die Ambition zum Protestieren zu nehmen. Hinzu kommt das Risiko, verfolgt und bestraft zu werden. Es gebe allerdings noch einen weiteren Grund für die verhaltene Protestbewegung in Russland, sagt Dollbaum. "Die Menschen haben niemanden mehr im Rücken, der sie koordiniert."

In den vergangenen Jahren, "insbesondere seit 2021, hat das Regime alles dafür getan, die Organisationsfähigkeit von Protesten de facto zu eliminieren", erklärt der Osteuropa-Experte. So gab es nach den Wahlfälschungen zumindest Oppositionspolitiker wie Alexej Nawalny oder Boris Nemzow - deren Protesten schloss sich ein großer Teil der Bevölkerung an. Während Nemzow nicht mehr am Leben ist, "sind alle anderen Oppositionellen in Haft oder im Exil", sagt Dollbaum. Hinzu wurden viele Nichtregierungsorganisationen verboten. Durch die Einschränkung der Meinungsfreiheit sind bereits in den vergangenen Jahren viele Russen, "die Erfahrung und Ressourcen" für die Organisation von Gegenbewegungen haben, geflohen. Wer blieb, flüchtet jetzt mit den neusten Verschärfungen durch das russische Regime. "Wer zurzeit demonstriert, tut dies aus eigenem Antrieb, ohne jede Vernetzung", so Dollbaum.

Für einen Sturz Putins müssten außerdem die Eliten aus Politik, Wirtschaft und Militär mitmachen. "Nach allem, was wir wissen, ist in der wirtschaftlichen und politischen Elite die Bestürzung groß", erklärt der Experte. Trotzdem werde sich keiner trauen auszuscheren, "solange alle erwarten, dass Putin Loyalität belohnen und Abweichung bestrafen wird".

### **Wann kippt es?**

Putin hat also vorgesorgt und möglichen Kritikern die Organisationsfähigkeit genommen. Er tat dies aus gutem Grund, denn Putins größte Sorge ist jener Anführer, der bis jetzt noch gar nicht bekannt ist und dessen Proteste sich die Menschenmassen anschließen, wie der ehemalige Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch im "Deutschlandfunk" erzählte. Der Ex-Diplomat vergleicht Putins Achillesferse mit Danzig 1980, als "ein bis dato unbekannter Elektriker aus Verzweiflung über die wirtschaftliche Lage auf's Dach kletterte und rief: Mir nach!". Aus solchen Situationen entstehen Massenbewegungen.

Auch Osteuropa-Experte Dollbaum geht davon aus, dass die Sanktionen und die kommende Wirtschaftskrise Russlands die Motivation zu Protesten vervielfältigen werden. "Die Wut über Arbeitslosigkeit, nicht ausgezahlte Gehälter und hohe Lebensmittelpreise wird weitere Bevölkerungsgruppen auf den Plan rufen", sagt er. Allerdings heiße das noch nicht, dass die Menschen auch das Ende des Kriegs fordern. Die ökonomischen Probleme müssten erst einmal mit dem Handeln des russischen Regimes in Verbindung gebracht werden. Im Moment gehen die Russen allerdings davon aus, dass der Westen die Sanktionen ohnehin verhängt hätte, ganz gleich wie sich Russland verhalte, schreibt Volkov in einer Analyse des Levada-Zentrums.

Schneller als die ökonomischen Probleme könnten die militärischen Opfer von der russischen Bevölkerung mit dem Krieg in Verbindung gebracht werden. Denn dem russischen Regime wird es auf Dauer nicht gelingen, mehr und mehr tote Soldaten, Freunde, Bekannte und Söhne zu verschweigen. Die Anti-Kriegs-Proteste haben somit Potenzial zu wachsen. Experte Dollbaum bremst jedoch die Euphorie, dass dies baldige Auswirkungen auf die Kriegshandlungen des Kremls haben könnte. "Die Repressionsinstrumente des Staates sind zwar schon jetzt brutal - aber noch lange nicht erschöpft." In echte Bredouille bringen die Proteste den Staat und das Regime Putin erst, wenn sie mehrere Hunderttausende Menschen pro Stadt umfassen, so Dollbaum. "Das ist kein sehr realistisches Szenario."



## 5. Sanktionen der USA

### Tagesschau

#### **Biden für Ausschluss Russlands aus G20**

**Der Ukraine-Krieg war am Donnerstag Thema auf drei Gipfeltreffen in Brüssel, dem der NATO, der G7 und der Europäischen Union. Ziel ist es, Russland zu isolieren, zum Beispiel mit einem Ausschluss aus der Gruppe der G20.**

Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine hat sich US-Präsident Joe Biden dafür ausgesprochen, Russland aus der Gruppe der G20 auszuschließen. Eine entsprechende Frage einer Journalistin bejahte Biden in Brüssel vor dem Treffen mit den EU-Staats- und Regierungschefs.

Das nächste Treffen der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer findet im November in Indonesien statt. Die Organisatoren hatten erklärt, zu dem Treffen auf Bali seien alle Staats- und Regierungschefs der G20 eingeladen worden - auch der russische Präsident Wladimir Putin. Biden ergänzte, sollte es nicht zu einem Ausschluss Russlands kommen, müsste zumindest auch die Ukraine in den G20-Kreis eingeladen werden.

-----

### Spiegel

#### **G7 wollen russischen Zugriff auf Gold einschränken**

**Die westlichen Staaten wollen verhindern, dass die russische Zentralbank internationale Goldreserven einsetzt, um die Wirtschaft zu stützen. In der EU wird derweil über den Import von Öl und Gas aus Russland gestritten.**

Die führenden demokratischen Wirtschaftsmächte (G7) und die EU haben Russland wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine weitere Sanktionen angedroht. »Wir sind bereit, gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen; dabei werden wir weiterhin in Einigkeit handeln«, erklärten die G7-Staats- und Regierungschefs in ihrer Abschlusserklärung zum Gipfeltreffen in Brüssel.

In einzelnen Punkten haben die westlichen Verbündeten einen Monat nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ihren Kurs gegen Moskau zudem weiter verschärft. Die Staaten wollten jede Transaktion mit Gold im Zusammenhang mit der russischen Zentralbank mit Sanktionen belegen, wie ein US-Regierungsvertreter ankündigte.

Gemeinsam wolle man so verhindern, dass die russische Zentralbank internationale Reserven einsetzt, um die russische Wirtschaft zu stützen. Die US-Regierung verhängt zudem neue Sanktionen gegen Hunderte Abgeordnete des russischen Parlaments Duma und weitere Mitglieder der russischen Elite. Außerdem sollen Dutzende russische Rüstungsunternehmen, aber auch Bankmanager auf die Sanktionsliste gesetzt werden.

## **Izvestia, The White House**

### **USA und EU erörtern Maßnahmen gegen Umgehung antirussischer Sanktionen**

Die USA und die EU wollen Russland daran hindern, digitale Währungen zu verwenden, um die von westlichen Ländern verhängten Sanktionen im Rahmen der russischen Sonderoperation zum Schutz des Donbass zu umgehen. Dies erklärten US-Präsident Joe Biden und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen in einer gemeinsamen Erklärung.

"Wir beabsichtigen, eine engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Nutzung digitaler Vermögenswerte anzukündigen, einschließlich ihres Missbrauchs zur Umgehung multilateraler Sanktionen, die als Reaktion auf Russlands unprovokierte militärische Invasion in der Ukraine verhängt wurden", heißt es in dem vom Weißen Haus veröffentlichten Dokument.

Washington und Brüssel sind der Meinung, dass es wichtig ist, aktiv im Bereich der Cybersicherheit zusammenzuarbeiten. Dazu gehört auch, Kiew dabei zu helfen, seine Cyber-Resilienz und seinen Cyber-Schutz sicherzustellen, bevor es den Missbrauch virtueller Währungen bekämpft. Die Partner einigten sich auch darauf, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit den Herausforderungen der Energiesicherheit in der EU befassen soll.

---

## **Neue Freistellungen von Sanktionen**

Das Office of Foreign Asset Control hat neue General Licenses im Zusammenhang mit Russlandsanktionen veröffentlicht:

[Issuance of Russia-related General Licenses; Publication of amended Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

---

Link-Sammlung zu den US-Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0602>

[https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221\\_33](https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221_33)

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0608>

<https://www.bis.doc.gov/index.php/documents/about-bis/newsroom/press-releases/2914-2022-02-24-bis-russia-rule-press-release-and-tweets-final/file>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/24/fact-sheet-joined-by-allies-and-partners-the-united-states-imposes-devastating-costs-on-russia/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0610>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2022/03/08/executive-order-on-use-of-project-labor-agreements-for-federal-construction-projects-2/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/message-to-the-congress-on-prohibiting-certain-imports-and-new-investments-with-respect-to-continued-russian-federation-efforts-to-undermine-the-sovereignty-and-territorial-integrity-of-ukraine/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/fact-sheet-united-states-bans-imports-of-russian-oil-liquefied-natural-gas-and-coal/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0641>

## 6. Sanktionen weiterer Länder

### Australien

#### [Interfax](#)

#### **Australien verhängt Sanktionen gegen 22 Mitglieder der russischen Medien und den Präsidenten von Belarus**

Die australische Regierung hat Sanktionen gegen 22 Mitglieder der russischen Medien sowie gegen den selbsternannten belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko und Mitglieder seiner Familie verhängt, teilte das [australische Außenministerium](#) mit.

„Die australische Regierung hat außerdem neue Sanktionen gegen 22 russische Propagandisten und Desinformationsanbieter verhängt, darunter leitende Redakteure von Russia Today, Strategic Culture Foundation, Inforos und NewsFront“, heißt es in der Mitteilung.

Darüber hinaus verhängt Australien Sanktionen gegen den selbsternannten Präsidenten von Belarus und seine Familienmitglieder (Sohn und Ehefrau).

Die australische Regierung bekräftigte ihre "unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine".

"Australien wird in enger Abstimmung mit seinen Partnern weitere Sanktionen verhängen, um denjenigen in Russland und Weißrussland, die dafür verantwortlich sind oder ein Druckmittel haben, erheblichen Schaden zuzufügen", so das Außenministerium.

### Kanada

#### [RIA Novosti](#)

#### **Kanada verhängt Sanktionen gegen 160 Mitglieder des Föderationsrates**

Die kanadischen Behörden verhängen wegen der Lage in der Ukraine Sanktionen gegen 160 Mitglieder des russischen Föderationsrates, erklärte der nordamerikanische Premierminister Justin Trudeau am Donnerstag.

"Heute erhöht Kanada den Druck auf Russland, indem es Sanktionen gegen die 160 Mitglieder des russischen Föderationsrates verhängt, die diese ungerechtfertigte Invasion unterstützt und ermöglicht haben", sagte Trudeau auf einer Pressekonferenz, die von kanadischen Fernsehsendern übertragen wurde.

Trudeau fügte hinzu, dass Kanada weiterhin mit seinen Partnern und Verbündeten zusammenarbeiten werde, um Russland für seine spezielle Militäroperation in der Ukraine "zur Rechenschaft zu ziehen", während es Kiew weiterhin unterstützen werde.

Kanada wird außerdem in den kommenden Tagen ein Verbot für die Ausfuhr bestimmter Waren nach Russland verhängen, teilte die Pressestelle der kanadischen Regierung in einer Erklärung mit.

"In den kommenden Tagen sollen neue Verbote im Rahmen von wirtschaftlichen Sondermaßnahmen erlassen werden, um die Ausfuhr bestimmter Güter und Technologien nach Russland zu verbieten, die die Fähigkeiten des russischen Militärs untergraben und stören sollen", heißt es in der veröffentlichten Erklärung.

## Japan

### [TASS](#)

#### **Japan verlängert Sanktionen gegen Russland und verbietet die Ausfuhr von Luxusgütern**

Auf der Liste stehen 25 weitere Russen, darunter der Leiter von VEB.Russia, Igor Schuwalow, sowie Verwandte von Beamten und Geschäftsleuten.

Japan wird die Vermögenswerte von 25 weiteren russischen Personen einfrieren und die Exporte von 81 russischen Organisationen verbieten, berichtete Reuters am Freitag, den 25. März, unter Berufung auf eine Erklärung des japanischen Außenministeriums.

Japan hat die Sanktionen gegen Russland wegen der Lage in der Ukraine und der laufenden Militäroperation ausgeweitet. Dies teilte das japanische Außenministerium am Freitag mit.

Auf der Liste stehen weitere 25 Russen, darunter der Leiter von VEB.Russia, Igor Schuwalow, sowie Verwandte von russischen Beamten und Geschäftsleuten. Dazu gehören die Kinder des russischen Pressesprechers Dmitri Peskow (Jelisaweta und Nikolai) und seiner Frau Tatjana Navka. Auf der Liste stehen auch Verwandte des Sekretärs des Sicherheitsrates Nikolai Patruschew und des ersten stellvertretenden Leiters der russischen Präsidentialverwaltung Sergej Kirienko. Sie unterliegen einer Reihe von Beschränkungen, darunter dem Einfrieren von Vermögenswerten.

Japan hat außerdem zusätzliche Exportsanktionen verhängt und die Liste der Unternehmen und Einrichtungen, die Beschränkungen unterliegen, von 49 auf 130 erweitert. Dazu gehörten Schiffbauunternehmen, Elektronik- und Maschinenhersteller, darunter die Amur-Werft und Russian Space Systems. Anfang März wurden u. a. auch Rosoboronexport, Rostec, der FSB und der SVR einbezogen.

Darüber hinaus kündigten die japanischen Behörden am 25. März ein Verbot der Ausfuhr von Luxusgütern nach Russland an. Derzeit ist die Liste dieser Punkte noch nicht genehmigt worden. Es wird erwartet, dass sie in naher Zukunft veröffentlicht wird.

## Großbritannien

Heute keine neuen Meldungen

-----

Link-Sammlung zu den britischen Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-to-phase-out-russian-oil-imports>

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1060764/Notice\\_Russia\\_150322.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060764/Notice_Russia_150322.pdf)

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1060263/Notice\\_Russia\\_110322.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060263/Notice_Russia_110322.pdf)

<https://www.gov.uk/government/news/uk-cuts-off-export-finance-support-to-russia-and-belarus>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-economic-sanctions-against-russia>

[Foreign Secretary announces 65 new Russian sanctions to cut off vital industries fuelling Putin's war machine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-economic-sanctions-against-russia)

## 7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

### Handelsblatt

#### **SAP schaltet Cloud-Dienste in Russland ab**

**Nach öffentlicher Kritik stellt SAP nun doch weitere Russland-Geschäfte ein. Wie groß die Aktivitäten dort sind, teilt das Unternehmen allerdings nicht mit.**

Berlin, Düsseldorf Der Softwareriese SAP zieht sich vier Wochen nach Beginn des Ukraine-Kriegs nun doch weiter aus Russland zurück. „Wir halten an unserer Verpflichtung fest, die Ukraine zu unterstützen, indem wir alle Verkäufe stoppen und den Cloud-Betrieb in Russland einstellen“, teilte das Walldorfer Dax-Konzern am Donnerstag mit. Die internationalen Sanktionen würden vollständig umgesetzt.

Allerdings hält SAP damit am deutlich größeren Lizenzgeschäft fest, wo die Software bereits gekauft wurde, vor Ort installiert ist und entsprechend auch gewartet wird.

Damit reagiert SAP teilweise auf öffentliche Kritik. Der Softwarehersteller erklärte, seine Cloud-Dienste „aktiv abzuschalten“. Kunden werden Lösungen wie Ariba, Success Factors und S/4 Hana Cloud – vermutlich nach Ablauf einer Kündigungsfrist – nicht mehr verwenden können.

Der Dax-Konzern hatte den Vertrieb von neuen Produkten bereits Anfang März eingestellt, aber die Geschäftsbeziehungen zu Bestandskunden aufrechterhalten. Daraufhin äußerten Vertreter der ukrainischen Regierung wie Digitalminister Mykhailo Fedorov scharfe Kritik. SAP unterstütze russische Unternehmen dabei, Geld für die Zerstörung der Ukraine zu verdienen, twitterte er. Auch ein Teil der Mitarbeiter forderte schärfere Maßnahmen.

Der Schritt war unter anderem auch vom ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski gefordert worden, der SAP sowie Microsoft und Oracle dazu bereits vor rund zehn Tagen aufgerufen hatte. Bisher hatte SAP-Chef Christian Klein davor zurückgeschreckt. In einem Interview hatte Klein darauf verwiesen, SAP unterstütze Unternehmen, „die für Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung sind“. Die Sanktionen würden diese Firmen bewusst ausklammern. „Sollen wir jetzt als SAP sagen: Wir wissen es besser und ziehen uns noch mehr zurück?“

Das Unternehmen verwies zudem auf seine Unterstützung für die Ukraine. So helfe es der Regierung, Bestellungen für Krankenhäuser so schnell wie möglich zu beschaffen. Dabei kommt die eigene Plattform Business Network zum Einsatz.

-----

## Handelsblatt

### **Deutsche Telekom zieht sich nun doch aus Russland zurück**

Die Telekom schließt ihre Dependancen in Russland mit sofortiger Wirkung. In den vergangenen Wochen war der Druck auf die Konzernführung gestiegen.

Die Deutsche Telekom hat wegen des Ukrainekriegs ihre Software-Entwicklungsstandorte in Sankt Petersburg, Moskau und Woronesch geschlossen. Die Aktivitäten in Russland seien eingestellt worden, teilte der Bonner Dax-Konzern am Donnerstagabend auf seiner Website mit. Auch die Website der russischen Tochter wurde offenbar abgeschaltet.

Bislang hatten rund 2000 Menschen – hauptsächlich IT-Spezialisten – in Russland für die Telekom-Töchter IT- und Global Business Solutions gearbeitet. „In den vergangenen Wochen haben wir diesen Mitarbeitenden angeboten, außerhalb Russlands zu arbeiten“, hieß es nun. Viele hätten diese Möglichkeit genutzt und das Land verlassen.

Genauere Angaben machte der Konzern dazu nicht. Bereits bei der jüngsten Bilanzpressekonferenz hatte Telekom-Finanzvorstand Christian Illek angekündigt, manchen Mitarbeitern Visa anbieten zu wollen, damit sie von einem anderen Land aus für die Telekom weiter arbeiten können. Auch um die Mitarbeiter vor möglicher Einflussnahme zu schützen, wurden Anfang März ihre Zugänge für interne IT-Systeme der Telekom gesperrt, wie das Handelsblatt berichtete. Zudem wurde der von ihnen entwickelte Code offenbar zum Teil vorab von Sicherheitsexperten der Telekom überprüft, um Schadsoftware auszuschließen, hieß es aus Konzernkreisen.

Der Druck auf die Telekom-Führung, in der Russlandfrage zu handeln, war in den letzten Wochen gestiegen. Erst gestern war der Konzern auf die „Shame List“ des einflussreichen Wirtschaftswissenschaftlers Jeffrey Sonnenfeld aufgenommen worden.

-----

## **BR:**

### **Auf Russland-Geschäft freiwillig verzichten? Das tun Firmen**

**Die USA wollen mit der EU die Sanktionen gegen Russland weiter verschärfen. Es gäbe Möglichkeiten, der russischen Wirtschaft stärker zu schaden. Manche deutsche Firmen verzichten schon freiwillig auf das Russlandgeschäft. Andere bleiben dort tätig.**

Bei den Sanktionen gegen Russland geht es bisher vor allem um das Finanzsystem und um einen möglichen Importstopp für Öl und Gas. Doch weitergehende Beschränkungen wären durchaus möglich. Denkbar wären etwa ein Exportstopp, ein Handelsembargo oder ein Betätigungsverbot für europäische Firmen in Russland.

### **Ausfuhrverbote nach Russland: derzeit wenige Produkte betroffen**



Verbindliche Ausfuhrverbote nach Russland gelten bislang nur für Rüstung, einige High-Tech-Produkte und Luxusgüter. Auch einige Lebensmittel sind davon betroffen. Viele andere Dinge wie Babynahrung und Medikamente bleiben ausgenommen. Westliche Unternehmen verzichten aber oft freiwillig auf ihr Russlandgeschäft. Dafür sprechen auch praktische Gründe wie Lieferschwierigkeiten oder drohende Finanzsanktionen.

### **Viele deutsche Unternehmen halten Geschäft mit Russland aufrecht**

Tausende deutsche Firmen sind aber weiterhin in Russland aktiv. Einige liefern wie bisher oder stellen dort wichtige Produkte her. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft – ein Interessensverband von in östlichen Ländern tätigen deutschen Firmen – hält das für legitim. Ob es noch gut begründete Geschäftsbeziehungen mit Russland geben kann, wird aber mit jedem Kriegstag in der Ukraine fragwürdiger.

### **Ost-Ausschuss gegen pauschale Kritik an deutschen Firmen in Russland**

Der Ost-Ausschuss verwarft sich gegen eine völlige Zerstörung der russischen Wirtschaft und eine Verarmung der Bevölkerung dort. Das wäre mit härteren Sanktionen offenbar möglich. Deutsche Firmen haben in Russland 280.000 Beschäftigte und Milliarden schwere Produktionsanlagen.

Wenn die EU wegen Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine wesentlich härtere Strafmaßnahmen gegen Russland verhängen würde, könnte das ebenfalls als ein Verstoß gegen Menschenrechte gewertet werden. Viele Bereiche seien auch deshalb bewusst nicht sanktioniert worden, sagt Oliver Hermes, Vorsitzender vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

### **Ausnahmen für Händler, Nahrungsmittel- und Pharmahersteller**

Zu den Ausnahmen gehören etwa die Bereitstellung von Medikamenten, medizinischen Gütern und Lebensmitteln zur Grundversorgung der russischen Bevölkerung. Darauf beruft sich zum Beispiel der Handelskonzern Metro, der in Russland ein eigenständiges Handelsunternehmen in vollem Umfang weiterbetreibt. Im Sortiment finden sich allerdings nicht nur Grundnahrungsmittel. Besonders gut aufgestellt sieht man sich bei Metro in Russland im Catering für Gaststätten, also einem Lieferservice von fertigen Gerichten, auch für besondere Anlässe.

### **Russischer Pharmamarkt verspricht weiter hohe Umsätze**

Auch der weltgrößte Nahrungsmittelkonzern Nestlé beruft sich darauf sowie die Pharmakonzerne Bayer, Roche und der hessische Hersteller Stada. Das Unternehmen aus Bad Vilbel bei Frankfurt gilt als einer der größten Arznei-Anbieter in Russland. Stada-Chef Peter Goldschmidt sagte, er mache sich derzeit keine Sorgen um die Arznei-Nachfrage in Russland. Es sei vielmehr eine Herausforderung, die Lieferkette und die Produktion sicherzustellen, so Goldschmidt, entscheidend sei aus wirtschaftlicher Sicht vor allem die Entwicklung des Rubels. Stada bilanziert in Euro, so dass ein schwacher Wechselkurs in Russland die Geschäfte dort belastet. Bei Henkel ist die Argumentation komplizierter.

## **Henkel stoppt künftige Investitionspläne und Staatswerbung**

Der Düsseldorfer Spezialchemiekonzern produziert in elf russischen Werken Klebstoffe, Waschmittel und Körperpflegeprodukte für den dortigen Markt. Um die EU-Sanktionen zu erfüllen, reichte für Henkel die Ankündigung aus, vorerst keine zusätzlichen Investitionen in Russland mehr vorzunehmen. Die weitere Expansion dort werde gestoppt, sonst soll alles wie bisher weiterlaufen. Außerdem will Henkel die Werbung in staatlichen Medien einstellen und in Russland nicht mehr als Sponsor auftreten.

## **Bosch reagiert auf Kritik des ukrainischen Außenministers**

Ein weiterer Fall, der Schlagzeilen machte, ist die Bosch Gruppe. Als einer der weltweit größten Autozulieferer und Technologiekonzerne unterhalten die Stuttgarter in Russland ein Werk mit mehr als 3.000 Beschäftigten. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba warf Bosch in der ARD-Sendung "Anne Will" vor, dass in russischen Militärfahrzeugen wichtige Teile des Antriebs von dem deutschen Konzern verbaut seien. In der Stuttgarter Zentrale kündigte man an, den Fall zu prüfen und wies anschließend den Vorwurf des ukrainischen Außenministers zurück: "Für die Belieferung von russischen Automobilkunden ist in den lokalen Verträgen grundsätzlich geregelt, dass Bosch-Produkte ausschließlich für zivile Anwendungen eingesetzt werden."

## **Exportverbot umfasst auch Dual-Use-Güter**

Möglicherweise hat sich also ein Kunde in Russland nicht an den "lokalen Vertrag" gehalten und das Teil von Bosch nicht in einem zivilen LKW sondern in einem gepanzerten Fahrzeug verbaut. Oder Kuleba hat sich schlicht geirrt. Die Bundesregierung soll eine Untersuchung eingeleitet haben wegen möglicher Verstöße gegen ein Russland-Exportverbot. Das umfasst seit dem Krim-Krieg von 2014 auch sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Da hatte die Bosch-Gruppe im russischen Samara schon den Grundstein gelegt für ein neues Werk, das ab 2015 Kraftfahrzeugtechnik liefern sollte. Inzwischen hat Bosch Konsequenzen gezogen und erklärt, man wolle nun auch keine LKW-Komponenten mehr in Russland und an russische Kunden liefern.

-----

## **Ost-Ausschuss Update Zentralasien:**

### **Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine auf Zentralasien**

Die zentralasiatischen Staaten verhalten sich derzeit weiterhin neutral zum Krieg Russlands in der Ukraine, wobei die Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken Donetsk und Luhansk nicht zur Debatte steht. So erklärte beispielsweise der usbekische Außenminister Abdulaziz Kamilov, Usbekistan unterstütze die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine. Auf der Grundlage der nationalen Interessen werde Usbekistan die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit beiden Ländern fortsetzen, so der Außenminister.

Die kriegsbedingten Sanktionen gegen Russland wirken sich auch auf Zentralasien aus, da seine Wirtschaftssysteme eng mit Russland verknüpft sind. Eines der wichtigsten Anzeichen für die Wirkungen der Sanktionen ist die anhaltende Abwertung der Währungen in der Region. Dies hat konkrete Auswirkungen auf die zentralasiatische Bevölkerung, insbesondere in Tadschikistan und Kirgisistan, die in hohem Maße auf Überweisungen von Arbeitnehmern aus dem Ausland, insbesondere aus Russland angewiesen sind. Nach Angaben der Weltbank beliefen sich diese Überweisungen im Jahr 2020 auf 31,3 Prozent des kirgisischen BIP und 26,7 Prozent des tadschikischen Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Auch innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) sind Spannungen zu beobachten. Auf dem Treffen des Rates der Union am 17. März setzte sich bei der Diskussion über die Anrechnung gemeinsamer Einfuhrzölle ein Kompromissvorschlag Kasachstans durch, wonach die Zölle für Russland und Belarus wie bisher in Rubel und für Kasachstan, Kirgisistan und Armenien in US-Dollar gutgeschrieben werden sollen.

Weitere Meldungen aus der Region finden Sie im vollständigen OA-Update Zentralasien (die Einstellung im Internet erfolgt am Montag). Bei Interesse an einem Bezug melden Sie sich im Ost-Ausschuss bei Eduard Kinsbruner, e.kinsbruner@oa-ev.de

[OA-Updates zu Regionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

### Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com)

-----

### Ost-Ausschuss Update Osteuropa 2022/02 Übersicht über Entwicklungen in der Ukraine und Belarus

Der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine hat **massive Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben** im Land. Insbesondere in den schwer umkämpften Gebieten kommt dies zum Erliegen. In anderen Landesteilen haben ukrainische, aber auch internationale Unternehmen zwischenzeitlich wieder die Produktion aufgenommen. Im Zentrum der Aktivitäten ukrainischer Unternehmen steht die **unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln (möglichst aus heimischer Produktion) und anderen kritischen Gütern**.

**Zwei bis drei Wochen nach Kriegsbeginn haben auch viele westliche Unternehmen die Produktion im Westteil des Landes wieder aufgenommen.** Zum einen wird so gewährleistet, dass die ukrainischen Mitarbeiter weiter Einkommen erhalten. Zum anderen ist dies für viele andere Branchen zwingend notwendig. **Von besonderer Bedeutung ist hier im Agrarbereich die Aussaat.** Als Zulieferer der Automobilindustrie ist die Ukraine bei Kabelbäumen und Elektronikkomponenten ein elementar wichtiger Bestandteil der Wertschöpfungskette. Zudem zahlen produzierende Unternehmen Steuern und tragen zur Finanzierung des ukrainischen Staates bei.

Die ukrainische Regierung hat auf die Situation mit verschiedenen wirtschaftlichen Programmen und Hilfsvereinbarungen mit internationalen Gebern und Institutionen reagiert. Es existiert zum Beispiel ein **Umsiedlungsprogramm für Firmen**, die aus umkämpften Gebieten in den Westen des Landes umsiedeln möchten. Daneben wurde auch der **Unternehmenssteuersatz von 20 Prozent des Umsatzes auf zwei Prozent gesenkt**, um nationale Produzenten zu entlasten. Die Regierung hat daneben aus internationalen Gebermitteln ein Programm aufgelegt, **um die heimische Nahrungsmittelproduktion abzusichern**. Durch Staatsunternehmen wird bei Produzenten die Herstellung von Nahrungsmitteln in Auftrag gegeben, diese angekauft und über das Logistiknetzwerk der Ukrainischen Eisenbahn in die verschiedenen Regionen geliefert.

Durch Angriffe auf wichtige Hafenstädte sowie durch die Schließung von Häfen steht der ukrainische Export über das Schwarze Meer faktisch still. Vor dem Krieg wurden rund 50 Prozent der ukrainischen Exporte über die Schwarzmeer-Häfen abgewickelt.

Das **German Economic Team prognostiziert etwa ein Drittel Ertragseinbußen bei der Getreideproduktion auf Grund des Krieges**. Man rechnet mit einem Export im Jahr 2022 von dann noch 29 Millionen Tonnen. Weiterhin geht man aktuell nicht davon aus, dass die russische Invasion eine grundlegende Bedrohung für die weltweite Ernährungssicherheit darstellt.

Nach dem Ausbruch des Krieges beschloss die Ukrainische Nationalbank **Militäranleihen im Wert von 20 Milliarden Hrywnja (617 Millionen Euro) anzukaufen**. Seit dem 8. März 2022 ist die Zentralbank dazu berechtigt, den Staatshaushalt durch Kauf von Staatspapieren auf dem Primärmarkt zu unterstützen. Wenn der Krieg beendet ist und die Wirtschaft und das Finanzsystem wieder nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen funktionieren, wird die Nationalbank ihre traditionelle Form der Inflationssteuerung mit einem frei schwankenden Wechselkurs und einem Verbot der Finanzierung des Staatshaushalts wieder aufnehmen.

**Nach Angaben des Finanzministeriums belief sich das Volumen der bei der zweiten Auktion am 8. März verkauften Militäranleihen auf 6,7 Milliarden Hrywnja**. Der jährliche Anleihezins betrug elf Prozent. Bis auf weiteres ist der Wechselkurs der Hrywnja zum Euro bei 32 UAH/Euro eingefroren. Es gelten zudem Beschränkungen für die Ausfuhr von Währung aus dem Land. Bestimmte kritische Güter dürfen allerdings weiterhin im Ausland bezahlt werden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass die Wirtschaftsleistung der Ukraine infolge des Krieges mit Russland **um 35 Prozent** zurückgehen wird. Dies sagte der stellvertretende Direktor Rashkovan Vladyslav der Ukraine beim IWF.

Die Ukraine begann vom 22. bis zum 24. Februar testweise die Abkopplung vom belarussisch-russischen Energieverbund und war mit dem europäischen ENTSO-E-System verbunden. Vor dem Hintergrund des Kriegs wurde diese Kopplung beibehalten. Seit dem 16. März ist die Ukraine nun dauerhaft Bestandteil von ENTSO-E und voll in das europäische Stromnetz integriert.

## **Belarus**

Die belarussische Regierung hat die militärische Präsenz in den Grenzregionen zur Ukraine verstärkt. Vizeverteidigungsminister Viktor Gulewitsch begründet diese Entscheidung damit, dass Einheiten gemeinsam mit den Grenzschutztruppen verhindern sollen, dass „nationalistische bewaffnete Formationen“ aus der Ukraine nach Belarus einmarschieren können. Bisher liegen keine Informationen darüber vor, dass Belarus mit eigenen Truppen am Krieg gegen die Ukraine beteiligt ist. Da Belarus als Aufmarschgebiet und für rückwärtige Dienste der russischen Armee dient, wurden weitere Sanktionen verhängt.

Wegen der Beteiligung von Belarus am Krieg gegen die Ukraine haben die Europäische Union und andere Akteure am 9. März 2022 **neue Sanktionen gegen vier Banken sowie 22 weitere Personen des belarussischen Sicherheitsapparates** verhängt. Zudem wurden die Sektorsanktionen ausgeweitet. So wurden restriktive Maßnahmen gegen den belarussischen Finanzsektor verhängt. Die Belagroprombank, die Bank Dabrabyt und die Entwicklungsbank der Republik Belarus sowie deren belarussische Tochtergesellschaften sind vom SWIFT-System ausgeschlossen.

Zusätzlich gibt es ein **Verbot von Transaktionen mit der Zentralbank von Belarus im Zusammenhang mit der Verwaltung von Reserven oder Vermögenswerten und der Bereitstellung öffentlicher Finanzmittel für den Handel mit und Investitionen in Belarus.** Des Weiteren gibt es ein Verbot der Ausfuhr von Seeschiffahrtsgütern und Funkkommunikationstechnologie nach Belarus. Zudem wurden Handelsverbote mit Gütern aus dem Bereich Holz, Metalle und Kali ausgesprochen oder erweitert.

Das vollständige Update mit weiteren Informationen aus der Region finden Sie hier:

[OA-Updates zu Regionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wenn Sie das Update direkt beziehen wollen, melden Sie sich gerne bei Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, s.kaegebein@oa-ev.de

-----

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

**Iryna Zdorevska**, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: [ZdorevskaI@dtek.com](mailto:ZdorevskaI@dtek.com), Web: [www.dtek.com](http://www.dtek.com)

Der aktuelle 32. DTEK-Energy brief enthält folgende Themen:

1. DTEK weekly briefing: Ukraine's Energy Sector amid 1<sup>st</sup> Month of War
2. "Stop bloody energy" [website](#)
3. Energy system functioning during military invasion – daily update
  - Electricity consumption forecast
  - Industrial consumers' electricity consumption
  - Power Generation
  - Oil & Gas
  - Power Grids
4. DTEK humanitarian aid

-----

## 9. Hilfsaktionen

### Luftbrücke nach Moldau – Sponsoren gesucht

Projekt des Auswärtigen Amts mit dem DIHK: Gesucht werden Unternehmen, die zur Bewältigung der Flüchtlingsströme in Moldau Finanzmittel zur Verfügung stellen. Es geht um Flüge aus Moldau nach Deutschland/in die EU. Es gibt dazu ein Spendenkonto des Auswärtigen Amts, um eine Luftbrücke aus Moldau zu bewerben, weitere Infos unter #Wirtschafthilft. Es geht darum, Geld für die Flüge aus Moldau nach Deutschland zu sammeln. Der erste Flug wird bereits von der Lufthansa gesponsort. Moldau ist aktuell erheblich mit Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge überfordert. Mit Angriffen auf Odessa könnte das Problem in Kürze noch gravierender werden. Hier wird auf konkrete Hilfe von Unternehmensseite gehofft.

-----

### EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/commission/press-room/detail/2022-03-17/stl-massnahmen-unterstuetzung-ukraine-geschaedigte)

-----

### Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

[https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF\\_Schreiben/Weitere\\_Steuert\\_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html)

### Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:

#### #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info) als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -

angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

### **Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses**

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

### **Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine**

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite [www.jobs.gu-dp.com](http://www.jobs.gu-dp.com). Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

### **Unterbringung von Flüchtlingen**

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

### [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: [info@rotary-platz-der-republik.berlin](mailto:info@rotary-platz-der-republik.berlin)

### **Spenden für Hilfstransporte**

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.



Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, [p.hristova@oa-ev.de](mailto:p.hristova@oa-ev.de)).

-----



## Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

### Unterkunft

Vermittlung von Unterkünften für mehrere Wochen: [www.unterkunft-ukraine.de](http://www.unterkunft-ukraine.de) (Ukr/Rus)

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](https://www.rotary.org/ukraine); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

### Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

### Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: [www.berlin.de/ukraine](http://www.berlin.de/ukraine)
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Kostenloser Sprachkurs des Goethe-Institut für Flüchtlinge (Kontakt): [julia.franziska.mahnkopf@goethe.de](mailto:julia.franziska.mahnkopf@goethe.de)
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>

- Handout für Ankommende in Berlin:  
<https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen:  
<https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlXuOsZ9lnhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](http://germany4ukraine)

-----

### Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: [schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com](mailto:schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com)

[https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart\\_zentrales\\_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490](https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490)

-----

### Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](http://InfoPoint:Ukraine-Konflikt-BME.e.V.)

-----

### Lebensmittel

**BMEL:** Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine  
Kontakt: E-Mail: [info@lebensmittelhilfe-ukraine.de](mailto:info@lebensmittelhilfe-ukraine.de).

-----

### Medizinische Güter

## SPENDENAUFRAF

**Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels**

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten

Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: [ukraine@medeor.de](mailto:ukraine@medeor.de)).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine

Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

---

## **Energiewirtschaft**

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfeersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

---

## **Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

[iwanttohelpukrainians@gmail.com](mailto:iwanttohelpukrainians@gmail.com)

---

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses  
möchten wir hinweisen:

## **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur,  
Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach  
von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen  
in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft  
und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich  
an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere  
Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht  
oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das  
Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen  
Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das  
Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

**Rotary hilft.**



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

### Weitere Links von Initiativen:

#### **Spenden an Aktion Deutschland Hilft**

[❤ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

-----

#### **Unicef**

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.org/ukraine)

-----

#### **Unterstützung für Berichterstatter**

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

-----

### **MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft**

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

-----

### **Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten**

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

-----

### **Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)**

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](#)

Kontakt:

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

